
Vorlage - zur Kenntnisnahme - über

Schutz vor prekärer Arbeit – Bezirksweite Aufklärungsarbeit stärken!

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.05.2025 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1915/VI):

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, eine niedrigschwellige Informationskampagne zur mehrsprachigen Verbreitung von systemrelevanten Informationen zur Prävention von prekärer und inoffizieller Beschäftigung im Bezirk Mitte zu initiieren.

Mit „inoffiziellen Arbeitsverhältnissen“ sind Arbeitsverhältnisse gemeint, die nicht an zuständige Stellen gemeldet sind und dementsprechend auch keine Sozialabgaben und Steuern für diese abgeführt werden.

Das Bezirksamt hat am 25.08.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Zwischenbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die AG Arbeit, Beschäftigung und Jobcenter des Beirats für Partizipation und Integration Berlin Mitte engagiert sich für die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und den Schutz von Menschen mit Migrationsgeschichte vor prekärer Beschäftigung und Arbeitsausbeutung.

Auf Initiative der Arbeitsgruppe wurde durch das Büro für Partizipation und Integration eine Kooperation zwischen dem Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) und Hr. Saravanan Ganesan, AFRIW e.V., initiiert.

Im Rahmen der Kampagne „Schutz vor prekärer Arbeit – Bezirksweite Aufklärungsarbeit stärken“ führte BEMA am 11. Juni 2026 eine Online-Informationsveranstaltung für indische Lieferdienstfahrer (Rider) durch. Zur Erhöhung der Reichweite sowie zur Sichtbarmachung der Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, dem Beirat für Partizipation und Integration und zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde die Veranstaltung über die Social-Media-Kanäle des Bezirksamts Mitte beworben.

An der Veranstaltung nahmen insgesamt 35 Interessierte teil, überwiegend Rider. Im Rahmen der Veranstaltung wurden grundlegende Informationen zum Arbeitsrecht vermittelt. Darüber hinaus wurden speziell für Rider relevante Themen aufgegriffen, die sich aus den Erfahrungen der Beratungsarbeit ergeben haben. Die Teilnehmenden hatten außerdem die Möglichkeit, individuelle Fragen zu stellen.

Dabei ging es unter anderem um folgende Themen:

- Vereinbarkeit einer Hauptbeschäftigung mit einem Minijob
- Zulässige Arbeitszeiten und gesetzliche Höchstarbeitszeiten
- Arbeitszeitregelungen für Studierende
- Rechte und Ansprüche bei einem Arbeitsunfall

Insgesamt wurde die Veranstaltung von den Rüdern sehr positiv aufgenommen. Aufgrund des großen Interesses wird derzeit überlegt, im Herbst ein Fachgespräch zu organisieren. In diesem Rahmen soll auch erneut eine Informationsveranstaltung für Rüdern angeboten werden.

Darüber hinaus prüft die Arbeitsgruppe derzeit die Einwerbung europäischer Fördermittel für eine weiterführende Kampagne zum Schutz vor Arbeitsausbeutung.

Ziel ist es, die Aufklärungsarbeit nachhaltig auszubauen, weitere betroffene Zielgruppen zu erreichen und bestehende Unterstützungsstrukturen sichtbarer zu machen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den 25.08.2026

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger